



Nordstr. 70
18107 Elmenhorst
Telefon 0381-5105300
Telefax 0381-5105455
Mobil 0177-3576035

Steuer-Nr. 079/261/09280
E-Mail: arno.reis@kabelmail.de
www.agrar-mv.de

Sparen -eine Chance

Wahlen zum Bundestag stehen an – nicht unerwartet. Der wahre Grund: die Kosten des Staates können von der schrumpfenden Wirtschaft nicht mehr gedeckt werden. So wie Alkoholranke immer süchtiger werden, so ist die Bundesregierung immer süchtiger auf Schulden, die selbst in guten Zeiten mit niedrigen Zinsen und hohen Steuereinnahmen nicht zurückgezahlt wurden. Und bei der EU ist es genauso. Tatsächlich sind Staaten (auch die BRD) mit den höchsten Schulden auch die mit den größten Problemen. Weil die Produktivität, die Pro-Kopf-Wirtschaftsleistung, seit 2018 sinkt. In der Landwirtschaft ist es übrigens anders: 1990 ernährte ein Landwirt 69 Menschen, 2010 sind es 124, 2021 sind es 139. Sozusagen ein wirtschaftspolitisches Vorbild bedingt durch Kapitalintensität (rund 553.000 € Kopf investiert), mehr Professionalität und betriebliches Größenwachstum.

Die fast 5,5 Millionen Staatsdiener prägen einen Verwaltungsstaat, der immer mehr behindert, mehr kostet.

Die derzeitige Situation ist kein einmaliges Ereignis – es gab sie mehrmals in der BRD. Damals wie heute gilt: Sparen ist angesagt. Aber wo und wie?

Ich habe hier an dieser Stelle für schon früher einen revolutionären Sparvorschlag gemacht: Streichung aller GAP-Zahlungen. Die Tendenz der neuen Kommission könnte darauf hinauslaufen. Erhebliche Haushaltsposten der EU (über 20 %), des Bundes und der Länder entfallen auf Direktzahlungen. Verbunden mit erheblichem bürokratischem Aufwand der Antragstellung, der Prüfung, der Auszahlung, der Kontrolle, der Rückforderung. Die Gelder werden in erheblichen Umfang von steigenden Kauf- und Pachtpreisen abgesogen.

Übrigens gibt es Sektoren die (fast) ohne staatliche Direktzahlungen auskommen – beispielsweise Obstbauern, Gemüseanbauern, Winzer, Schweinehalter. Und sogar gewerbliche Milchviehhalter, Schweinehalter, Hühnerfarmen. Warum können die es?

Die Konsequenzen aus der Streichung der Direktzahlungen?

Bürokratische Betriebsentlastung. Sinkende Land- und Pachtpreise wurden schon erwähnt - damit erübrigen sich neue Agrarstrukturgesetze.

Die landwirtschaftlichen Verkaufspreise steigen auf kostendeckendes Niveau. Führt das zu einer maßlosen Preissteigerung für den Konsumenten? Wie hoch der Anteil landwirtschaftlicher Primärprodukte am Konsumprodukt letztendlich ist, ist eine Blackbox. Laut Thünen Institut entfallen gut 23 % aller Nahrungsmittelpreise auf alle Primärprodukte. Gemäß Bauernverband würde sich bei Verdoppelung des Getreidepreises der Brötchenpreis um einen Cent verdoppeln. Bei Milchprodukten dürfte es ähnlich sein - der Milch, die wir heute kaufen, wurden zuvor alle wesentlichen Inhaltsstoffe entzogen und finden sich in hochpreisigen Milchprodukten wieder. Selbst ein steigender Butterpreis würde den Bürger nicht in Armut stürzen - wieviel Butter isst man im Monat? Die Preissteigerung in Zigaretten umgerechnet? Das ist das psychologische Problem der gefühlten und der tatsächlichen Inflation. Und mal ehrlich: Früher reichte das Einkommen für Wohnen, Nahrung und Bekleidung. Heute gibt es verwendungsbeliebiges Einkommen für Erst- und Zweitwagen, e-bikes, Elektronik, jährlich mehrere Urlaube, stets aktuelle modische Bekleidung.

Natürlich gibt es dann ein (inter)nationales Problem: Die Subvention der Landwirtschaft. Also müßte die EU den Export subventionieren, was durch Importzölle ausgeglichen würde (vorausgesetzt alle Länder der EU machen mit).

Und was machen wir mit freigesetztem Verwaltungsaufwand? Der könnte zum Beispiel in Bildung transferiert werden. 1914 lag die Analphabetenquote etwa bei einem Prozent, derzeit beträgt sie etwa 12 %. Mit mehr Bildung gäbe es keine Unterbeschäftigung Geringqualifizierter bei gleichzeitigem Mangel an qualifizierten Arbeitskräften. Das wäre ein volkswirtschaftlicher Innovationsschub. Wer packts an? Vielleicht mehr Landwirte in den Parlamenten.